



09.06.2010

SPD-Parteivorstand, Telefon (030) 25 991-0, Internet: www.spd.de

Schwarz-gelber Angriff auf das Gemeinwohl -

Familien, Kinder und Arme zahlen die Zeche der Krise!

Unser Land befindet sich in einer ernsten Haushaltslage. Angela Merkel und Guido Westerwelle behaupten: Wir hätten alle über unsere Verhältnisse gelebt. Die Wahrheit ist aber: Arbeitnehmer, Arbeitslose und Familien mit Kindern leisten seit vielen Jahren ihre Beiträge zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und der sozialen Sicherungssysteme. Unter SPD-Finanzminister Peer Steinbrück war unser Land auf einem guten Weg hin zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt. Im Jahr 2011 wäre Deutschland ohne neue Schulden ausgekommen.

Dieser Weg einer soliden und erfolgreichen Finanzpolitik ist nicht durch eine vermeintliche „spätromische Dekadenz“ (Guido Westerwelle) der Bürgerinnen und Bürger beendet worden, sondern durch das fahrlässige Glückspiel der Banken und Spekulanten auf den Finanzmärkten. Sie haben mit ihrem Treiben unsere Wirtschaft an den Rand des Abgrunds gebracht.

Als die Finanzblase platzte, haben viele Länder das einzig Richtige getan: Sie haben das Finanzsystem stabilisiert, um die Kreditversorgung der Wirtschaft sicherzustellen und die Spareinlagen der Bürgerinnen und Bürger abzusichern. Gleichzeitig haben sie gezielte Impulse zur Stabilisierung der Konjunktur gesetzt, um möglichst viele Beschäftigte in Arbeit zu halten.

Dafür haben die Staaten neue Schulden aufge-

nommen – wissend dass das allemal billiger ist, als Tausende von Unternehmenspleiten und Hunderttausende von Arbeitslosen zusätzlich. Durch diese hohe Neuverschuldung sind die Staaten nun ihrerseits zum Spielball der internationalen Finanzmärkte geworden. Das zeigen die Angriffe auf Griechenland und den Euro insgesamt.

Statt sich jetzt endlich um Spielregeln für die internationalen Märkte zu kümmern, stimmen Konservative und Marktradikale ihr altes Lied vom schlanken Staat neu an. Statt klug in die Zukunft zu investieren, wollen sie der Krise hinterher sparen. Das wird die angespannte wirtschaftliche Lage verschärfen und bestehende soziale Ungerechtigkeiten weiter vertiefen.

Familien, Kinder und Arbeitslose sollen für die Krise zahlen

Merkel sagte zu den Beschlüssen der schwarz-gelben Koalition: „Jetzt wird die Handschrift der Koalition sichtbar.“ Nur wenige Wochen nach den Wahlen in NRW zeigt Schwarz-Gelb sein wahres Gesicht.

Statt einen echten finanziellen Beitrag der Finanzbranche für die von ihr verursachten Schäden einzufordern, sollen jetzt die Familien und

sozial Schwache die Zeche der Krise zahlen. Noch Ende letzten Jahres hat Schwarz-Gelb im vollem Bewusstsein der schwierigen Finanzlage Steuer-geschenke in Höhe von 3,5 Milliarden Euro an Hoteliers und an reiche Erben verteilt – jetzt holt sie das Geld bei den Arbeitslosen und Familien mit Kindern wieder rein. Das ist damit ein neues Kapitel der schwarz-gelben Netto-Lüge.

Allein die Arbeitslosen sollen nach dem Willen von Schwarz-Gelb die Hälfte der Sparmaßnahmen aufbringen.

■ Streichung der Ausgleichszahlungen für Erwerbslose beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II. Auch wer Jahrzehnte in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, wird nach kurzer Zeit genauso gestellt, als wäre nie eingezahlt worden. Diese Maßnahme ist ein eklatanter Bruch mit dem Prinzip „Leistung muss sich lohnen“ und entwertet Lebensleistung.

■ Der Rentenversicherungsbeitrag für Arbeitslosengeld-II-Empfänger soll entfallen. Diese Kürzung führt zu mehr Altersarmut. Gleichzeitig steigen die Kosten für die Kommunen, weil sie für die Grundsicherung von Menschen mit zu niedriger Rente aufkommen müssen. Diese Maßnahme beschädigt deshalb nicht nur die sozialen Sicherungssysteme, sie ist außerdem ein großer Verschiebehahnhof zu Lasten der Städte, Gemeinden und Landkreise.

■ Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger soll wegfallen. Dies trifft Geringverdiener, die bislang noch nicht mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssen. Schwarz-Gelb argumentierte schon im Koalitionsvertrag zynisch, dass doch die Arbeitslosengeld-II-Empfänger dadurch Energie sparen können.

■ Streichung des Elterngeldes für Arbeitslosengeld-II-Empfänger (500 Millionen Euro). Das wird gerade die Familien treffen, die ohnehin am wenigsten haben. Denn nach den Plänen der Bundesregierung soll der alleinerziehenden Arbeitslosengeld-II-Empfängerin das Elterngeld

gestrichen werden, der Hausfrau mit gut verdienendem Ehemann aber nicht. Das ist sozial ungerecht und höchst bedenklich. Es kann doch nicht sein, dass die Erziehungszeit der Eltern, die von Grundsicherung leben müssen, dem Staat weniger wert sein soll. Damit würde sich die Kinderarmut im Land weiter verschärfen.

■ Die Lohnersatzleistung beim Elterngeld wird von 67 % auf 65 % gesenkt. Schwarz-Gelb stellt damit das moderne Konzept des Elterngeldes infrage, das Sozialdemokraten entwickelt und durchgesetzt haben. Die Kürzung der Lohnersatzleistung – die im internationalen Vergleich ohnehin schon schwach ist – wird dazu führen, dass wieder weniger Väter in Elternzeit gehen. Dies zeigt, dass es der Union nie ernst war mit einer modernen Familienpolitik, wenn sie bei erstbesten Gelegenheit eine Kehrtwende einleitet.

■ Auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen einen Teil der Zeche zahlen. Schwarz-Gelb will bis 2014 mehr als 10.000 Stellen dauerhaft streichen. Darüber hinaus wird bei den Beamten das Weihnachtsgeld gekürzt.

Banken, Finanzmärkte und Vermögende werden geschont

Auch angesichts der gegenwärtigen Haushalts- und Wirtschaftskrise macht Schwarz-Gelb Klientelpolitik. Die Verursacher der Finanzkrise und die Vermögenden werden geschont. Ein echter Sozialausgleich findet nicht statt.

■ **Beispiel Bankenabgabe:** Schwarz-Gelb täuscht die Bevölkerung, dass sie mit einer Bankenabgabe die Finanzbranche „angemessen an den Kosten der Krise“ beteiligen würde. Die Einführung ist seit Monaten beschlossen, konkret passiert ist aber bisher nichts. Selbst wenn die Regierung jetzt ernst machen sollte: Die geplante Bankenabgabe käme dem Bundeshaushalt gar nicht zugute. Sie soll in einen Sicherungsfonds der Banken fließen, um die Finanzbranche an den Schä-

den zukünftiger Krisen zu beteiligen. Mit Haushaltskonsolidierung und der Beteiligung an den Schäden der heutigen Finanzkrise hat das aber nichts zu tun.

■ Beispiel Finanzmarkttransaktionssteuer:

Schwarz-Gelb ergreift auch keine Maßnahmen für eine wirksame Besteuerung von Finanzmarkttransaktionen. Angela Merkel behauptet zwar immer wieder, sie wolle sich für eine Finanzmarkttransaktionssteuer auf internationaler Ebene einsetzen. Laut *Spiegel* hat aber die Bundesregierung in den Verhandlungen um das Euro-Stützungspaket eine klare Formulierung für die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer verhindert. Auch im Haushaltspaket der Bundesregierung taucht sie nicht auf.

■ **Beispiel Vermögende:** Die Vermögenden und Besserverdienenden müssen keinen Beitrag zur gesellschaftlichen Anstrengung der Haushaltskonsolidierung leisten. Das Paket der Bundesregierung enthält keinen einzigen Vorschlag für eine stärkere Besteuerung von Spitzenverdienern, großer Erbschaften sowie Millionen-Vermögen. Und das obwohl Deutschland in der Vermögensbesteuerung bereits heute deutlich hinter anderen Industrienationen wie den USA, Großbritannien oder Frankreich hinterherhinkt.

Merkels Mega-Mogelpackung

Statt einen echten Lastenausgleich in der Gesellschaft sicherzustellen, baut die Bundesregierung lieber viele Luftschlösser. Haushaltskonsolidierung erfolgt vielfach nach dem Prinzip Hoffnung. Der *Spiegel* nennt das Programm daher schon Merkels Mega-Mogelpackung.

■ **Beispiel Brennelementesteuer für Atomkraftwerke:** Die Energie-Konzerne sollen einen Teil der Zusatzgewinne, die bei längeren Atomlaufzeiten eingenommen werden, abführen. Konkret aber nur 2,3 Milliarden Euro. Dabei könnten laut einer Studie der Landesbank Baden-Württemberg die

Atomkonzerne Zusatzerlöse von über 200 Mrd. Euro erzielen, falls die AKW 25 Jahre länger laufen dürften. Ob die Brennelementesteuer auch ohne Laufzeitverlängerung kommt, ist völlig offen.

■ **Beispiel Deutsche Bahn:** Die geplante Dividendenzahlung von 500 Millionen Euro der Deutschen Bahn an den Bundeshaushalt wird letztlich der Bürger zahlen – über höhere Preise, schlechtere Qualität oder niedrigere Löhne bei der Bahn.

■ **Beispiel Bundeswehr:** Eine „Streitkräfteform“ soll ab 2013 Einsparbeträge in Milliardenhöhe einbringen. Ein Konzept für eine Reform der Bundeswehr gibt es aber noch nicht einmal in Grundzügen. Stattdessen streitet die Koalition darüber, ob man sich nicht die Wehrpflicht „sparen“ soll. Mit verantwortlicher Sicherheitspolitik hat das nichts zu tun.

■ **Beispiel Luftverkehrsabgabe:** Auch zu der angekündigten „Luftverkehrsabgabe“ gibt es noch überhaupt keine Konzeption. Bisher hat das Thema lediglich zu Streit zwischen den beteiligten Ministerien geführt.

■ **Beispiel Bundesagentur für Arbeit:** Bei der Arbeitsvermittlung von Grundsicherungsempfängern soll es zu Milliardeneinsparungen durch „Effizienzverbesserungen“ kommen. Es ist völlig unklar, wie das konkret erfolgen soll.

Kein Konzept zur Stärkung der Wirtschaft

Die von Schwarz-Gelb präsentierten Vorschläge sind aber auch aus wirtschaftspolitischer Sicht eine erschütternde Bilanz nach acht Monaten Regierungszeit.

■ Das vorgelegte Paket wird den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland bremsen. Das vorgelegte Paket ist ein reines Kürzungsprogramm, ohne investiven Impuls. Das Sparpaket wird die Binnennachfrage, v.a. den privaten Ver-

brauch massiv bremsen. Von dort werden keine Wachstumsimpulse kommen.

■ Die Regierung hat keinen Ansatz vorgelegt, um kommunale und private Investitionen zu stärken, damit Arbeitsplätze vor Ort gesichert werden.

■ Die Bundesagentur für Arbeit soll in Zukunft über den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente entscheiden. Dazu sollen Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umgewandelt werden. Wenn damit Einsparungen erzielt werden sollen, heißt das aber nichts anderes als: Die Arbeitsförderung wird damit massiv zusammengestrichen. Von der SPD auf den Weg gebrachte Maßnahmen wie der Ausbildungsbonus oder der Hauptschulabschluss für benachteiligte Jugendliche werden ebenso wegfallen wie Weiterbildungsmaßnahmen. Damit wird die Brücke von der Arbeitslosigkeit zur Arbeit gekappt. Die Bundesregierung verabschiedet sich von dem politischen Anspruch, Arbeitsförderung zu lenken und zu gestalten.

Unsere Alternative: Das Gemeinwohl schützen durch einen fairen Lastenausgleich

Wir brauchen eine neue wirtschaftliche und soziale Ordnung für Deutschland und Europa. Das ist die Debatte, die wir jetzt führen müssen und vor der sich Union und FDP verdrücken. Intelligente Haushaltskonsolidierung ist notwendig. Hierfür gibt es zwei Wege:

1. Wir brauchen eine koordinierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die zur Stärkung der Konjunktur beiträgt und so zu mehr Beschäftigung, Steuereinnahmen und zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme führt. Deshalb brauchen wir gerade in der Krise eine Stärkung der Binnennachfrage und eine Stärkung von Zukunftsinvestitionen. Fantasielose Sparpolitik zu Lasten von Arbeitslosen, Arbeitnehmern, Familien und von Bildungsinvestitionen würgt die Konjunktur zusätzlich ab und verschärft die Krise.

2. Zweitens sind strukturelle Reformen nötig, um die aus den Fugen geratene Wirtschafts- und Sozialordnung wieder in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen. Wir brauchen eine neue Ordnung in der Wirtschaft, auf den Finanzmärkten und auf dem Arbeitsmarkt.

Um angesichts der großen Herausforderungen in unserem Land das Gemeinwohl zu sichern, brauchen wir einen fairen Lastenausgleich und damit einen echten Beitrag der Finanzbranchen und der Vermögenden zur Bewältigung der Lasten der Krise. Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch und sind berechnet:

■ Eine Finanztransaktionssteuer, mit der vor allem spekulative Börsengeschäfte besteuert würden: 14 bis 30 Milliarden Euro je nach Ausgestaltung.

■ Die Rücknahme der Steuersenkungen für Hoteliers und Gutbetuchte: 3,5 Milliarden Euro.

■ Eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen: mindestens 10 Milliarden Euro.

■ Ein höherer Spitzensteuersatz: bis zu sieben Milliarden Euro.

■ Und: Schon ein flächendeckender Mindestlohn von 7,50 Euro würde den Staatshaushalt um 1,5 Milliarden Euro entlasten, weil Dumpinglöhne nicht mehr aus Steuermitteln aufgestockt werden müssten. Die Sozialversicherungen würden außerdem über vier Milliarden Euro Mehreinnahmen verbuchen.

Es gibt einen sozial gerechten und wirtschaftlich vernünftigen Weg, den Haushalt zu konsolidieren. Es braucht politischen Willen, Mut und Führung, diesen Weg der sozialen Gerechtigkeit auch zu gehen.